

10. Raumplanungsbericht 2017 des Regierungsrates

Antrag des Regierungsrates vom 19. Juli 2018 und gleichlautender Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 9. Juli 2019

Vorlage 5470

Andrew Katumba (SP, Zürich), Präsident der Kommission für Planung und Bau (KPB): Der Regierungsrat erstattet dem Kantonsrat alle vier Jahre Bericht über den Stand der Raumentwicklung im Kanton Zürich. Er knüpft an die bisherige Berichterstattung an und gibt Auskunft über den Stand der raumwirksamen Tätigkeiten sowie über die strategischen Ziele der Raumplanung. Der nun vorliegende Raumplanungsbericht widmet sich der qualitätsvollen Siedlungsentwicklung nach innen.

Die Siedlungsentwicklung nach innen ist das zentrale Prinzip der künftigen Raumentwicklung. Diese kann jedoch nur gelingen, wenn künftig über alle Planungsebenen hinweg koordiniert zusammengearbeitet wird. Nur so können die räumlichen Qualitäten des Kantons Zürich im Hinblick auf das Bevölkerungswachstum und die Erneuerung des baulichen Bestandes unter Beibehaltung der naturnahen Grünräume beibehalten werden. Ich blättere kurz zurück, um diesen Bericht in die bereits getroffenen Massnahmen einzuordnen:

Am 1. Mai 2014 ist das revidierte Raumplanungsgesetz auf Bundesebene in Kraft getreten. Die Revision legt den Schwerpunkt auf den haushälterischen Umgang mit dem Boden und verlangt von den Kantonen gezielte Massnahmen zur Lenkung der Siedlungsentwicklung nach innen. Zudem haben die Kantone den Ausgleich von Planungsvorteilen gemäss den bundesrechtlichen Vorgaben zu regeln und Massnahmen zur Baulandmobilisierung vorzusehen. Mit dem letztjährigen Beschluss zum Mehrwertausgleichsgesetz ist der Kanton Zürich zumindest dieser Vorgabe bereits nachgekommen.

Möchte man der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung Glauben schenken, steigt der Bedarf an Wohn-, Gewerbe-, Lehr- und Infrastrukturflächen trotz Corona (*Covid-19-Pandemie*) weiter an. Somit ist auch in den nächsten Jahren mit einer regen Bautätigkeit in unserem Kanton zu rechnen. Allein zwischen 2005 und 2010 ist die Bevölkerung um rund 100'000 Einwohnerinnen und Einwohner gewachsen. Bis 2040, also bis in 20 Jahren, rechnet das statistische Amt mit einem Bevölkerungswachstum von rund 350'000 Menschen in unserem Kanton. Dies entspricht in etwa drei Mal der Bevölkerung der Stadt Winterthur. Am stärksten wachsen das Limmattal mit 32 Prozent und das Furttal mit 29 Prozent. Die Stadt Zürich soll in absoluten Zahlen um knapp 90'000 Personen am stärksten wachsen. Die Siedlungsentwicklung nach innen gewinnt daher zunehmend an Bedeutung. Mit der Gesamtrevision des Richtplanes hat der Kanton Zürich 2014 die notwendigen Leitplanken gesetzt, um das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum durch verdichtetes Bauen in den bestehenden Bauzonen aufzunehmen. Das im Richtplan enthaltene Raumordnungskonzept des Kantons gibt vor, dass 80 Prozent des Wachstums auf die Handlungsräume «Stadtlandschaften» und «urbane

Wohnlandschaften» entfallen sollen. Die Umsetzung gestaltet sich jedoch äusserst anspruchsvoll. Die Bevölkerung in unserem Kanton wächst nicht nur, nein, sie wird auch älter und entsprechend bedürftiger. Mit den neuen Lebensstilen und Haushaltsstrukturen verändern sich auch die Anforderungen an die künftige Siedlungsentwicklung.

Die Anbindung an den öffentlichen Verkehr, Wohnkosten, das Angebot an Kultur, Vergnügen, Naherholung sowie lokales Klima und Lärm sind ausschlaggebende Kriterien, wo die Menschen im Kanton Zürich auch künftig wohnen und arbeiten wollen. Es braucht daher verstärkte Anstrengungen für einen sorgfältigen Umgang mit unserem Grund und Boden, da dieser nicht unbeschränkt zur Verfügung steht. Der Regierungsrat hat die Herausforderungen bereits erkannt und im Jahr 2011 die Erarbeitung einer langfristigen Raumentwicklungsstrategie in Auftrag gegeben. Darin hält er explizit fest, dass die Steuerung der Raumentwicklung eine Gemeinschaftsaufgabe ist und massgeblich von der erfolgreichen Zusammenarbeit von Staat und Gemeinden, aber auch von Privaten abhängt. Eine zentrale Fragestellung lautet: Wie kann das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum aufgenommen werden und dabei gleichzeitig die hohe Standort- und Lebensqualität erhalten werden?

Der Raumplanungsbericht 2017 widmet sich deshalb anhand von Fallbeispielen wichtigen Aspekten, um dieses übergeordnete Ziel umzusetzen. Mit dem Bericht erstattet der Regierungsrat dem Kantonsrat gemäss Paragraph 10 des Planungs- und Baugesetzes alle vier Jahre Bericht über den Stand der Raumentwicklung im Kanton Zürich. Ich möchte aus dem aktuellen Bericht einige Punkte herausgreifen: Erstens, Innenentwicklung ermöglichen: Städte und Gemeinden stehen vor der Aufgabe, ihre künftigen Entwicklungsabsichten grundsätzlich innerhalb ihres bestehenden Siedlungsgebiets zu verwirklichen. Siedlungen nach innen zu entwickeln, ist anspruchsvoll und stellt Städte und Gemeinden angesichts ihrer wachsenden Bevölkerung vor grosse Herausforderungen. Um Innenentwicklung zu ermöglichen, müssen wir uns intensiv mit dem Bestand, aber auch mit ihrer Wohnbevölkerung auseinandersetzen und ihre Entwicklungsabsichten gesamtheitlich betrachten – also räumlich, zeitlich und über mehrere Entscheidungsebenen hinweg. Eine gute Innenentwicklung erfolgt unter breitem Einbezug von Bevölkerung, Politik und zahlreichen Interessengruppen. Dass dies nicht immer einfach ist, beweisen jüngst zahlreiche Abstimmungen zu Gestaltungsplänen oder Bauvorhaben. Die Innenentwicklung ist die Königsdisziplin der Raumplanung. Sie stellt höhere Anforderungen an alle Beteiligten als die herkömmliche Aussenentwicklung. Bei der Innenentwicklung sind daher neue Lösungsansätze gefragt, deren Ergebnisse dann von einer Mehrheit der Bevölkerung auch getragen werden. So stossen vorgelagerte partizipative Planungsprozesse auf grosses Interesse, sofern die Anregungen und Einwendungen aus der Bevölkerung von der Exekutive auch tatsächlich ernst genommen werden. Sonst drohen lange und teure Planungsprozesse zu Rohrkrepierern zu werden.

Zweitens, Erholungsräume und Grünräume stärken: Eng mit der Siedlungsentwicklung nach innen verbunden ist auch die Nachfrage nach Erholungsräumen. Mit der steigenden Bevölkerungszahl werden an die vorhandenen Erholungs- und

Grünräume hohe Ansprüche gestellt. Insbesondere in dicht besiedelten Gebieten steigt die Nachfrage überproportional an. Und in Zeiten des Klimawandels steigt auch die Nachfrage nach grünen, kühlen Schattenspendern, die insbesondere in Städten während den Hitzeperioden im Sommer die Aufenthalts- und somit auch die Lebensqualität verbessern sollen. Mit steigendem Nutzungsdruck werden die Erholungsräume im dicht besiedelten Raum wichtiger, dies führt zunehmend zu Nutzungskonflikten. So steigt die Zahl von Lärmklagen während den Sommermonaten kontinuierlich an. Während die einen die mediterranen Nächte begrüßen, wünschen sich die anderen ihre ersehnte Nachtruhe. Gerade in Städten und urbanen Zentren werden an die vorhandenen Erholungs- und Grünflächen deshalb hohe Ansprüche gestellt.

Die Raumplanung hat sich bisher kaum mit siedlungsnahen Freiräumen auseinandergesetzt. Siedlungsnah und siedlungsintegrierte Freizeiträume entstehen oft zufällig und werden von pfiffigen Organisationen oder Privatunternehmen weiterentwickelt. Man erinnert sich zum Beispiel an den Uto Kulm oder an den Juckerhof in Seegräben. Sie sind meist nicht spezifisch auf die Erholungsnutzung ausgerichtet, bieten aber das Potenzial dazu. Der Kanton täte gut daran, solche Entwicklungen von Beginn weg zu lenken, anstatt im Nachhinein Zielkonflikte zu schlichten.

Erstaunlich ist, dass im Raumplanungsbericht der Klimawandel noch kaum ein Thema ist. Die Regierung widmet sich im 50-seitigen Bericht mit einem einzigen Satz dem Klimawandel, was angesichts der bereits spürbaren Veränderung ziemlich erstaunt. Denn es ist allgemein bekannt, dass mit dem Klimawandel die Hitzebelastung in dicht bebauten Städten und Agglomerationen weiter zunehmen wird. Versiegelte Flächen wie Strassen, Plätze sowie Flachdächer verstärken den Effekt zusätzlich. *(Der Votant wird vom Ratspräsidium auf die noch zur Verfügung stehende Redezeit aufmerksam gemacht.)* Gut, man hat mir gesagt, dass ich mein Referat abkürzen sollte, weil mir nur zehn Minuten zur Verfügung stehen. Ich werde mich entsprechend auch kürzer halten, ich fahre fort:

Die Bevölkerung leidet vermehrt unter den negativen Auswirkungen der aufgeheizten Städte. Die Erkenntnisse aus den lokalen Klimamodellen fliessen bisher nur ungenügend in die kantonalen Richt- und Gestaltungspläne. Dabei könnten Städte unter Berücksichtigung der lokalen Kaltluftströme ihre Siedlungen besser planen, eine Leistung, die im Hinblick auf die zu erwartenden Klimaveränderungen noch wichtiger wird.

Ich werde auf den Bereich «Zusammenarbeit stärken und Komplexität» verzichten, werde dies aber schriftlich nachreichen.

Zum letzten Punkt, Wohnflächenbeanspruchung steigt mit dem Alter: Mit zunehmendem Lebensalter steigt die Wohnflächenbeanspruchung. So bleiben ältere Personen nach dem Auszug ihrer Kinder oder dem Verlust des Partners oftmals in der Wohnung, weil sie die organisatorischen Hürden eines Umzugs scheuen. Alleinstehende Personen ab 65 Jahren nutzen im Schnitt 13 Quadratmeter mehr Wohnraum als jüngere Alleinstehende. Bei Paarhaushalten ohne Kinder beträgt die Differenz noch 5 Quadratmeter pro Person. Der höhere Wohnflächenkonsum

und somit auch der Energiebedarf älterer Personen hängt dabei stark damit zusammen, dass die Finanzierung von neuem Eigentum im Alter erschwert wird oder weil sie von vergleichsweise günstigen Bestandesmieten profitieren. Ein Generationswechsel findet kaum statt, da entsprechende Konzepte und Angebote für einen Wechsel der Wohnsituation fehlen. Seit 20 Jahren nimmt die Wohnflächenbeanspruchung in weiten Teilen des Kantons Zürich weiter zu. In den urbanen Gemeinden ist dieses Wachstum nur gering oder sogar negativ. Die soziodemografische Entwicklung in ländlichen Gebieten wird somit zunehmend auch zu einer raumplanerischen Herausforderung für die Gemeinden und letztlich für den ganzen Kanton Zürich.

Ich schliesse mein Votum mit dem Dank ans Amt für Raumentwicklung, namentlich an Benjamin Meyer, der uns geduldig sämtliche Fragen beantwortet und uns einen vertieften Einblick in die Systematik «Akzeptanz der Dichte» ermöglicht hat.

Im Namen der einstimmigen vorberatenden Kommission beantrage ich Ihnen, den vorliegenden Bericht wohlwollend zur Kenntnis zu nehmen. Besten Dank.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Mit der Bevölkerungswachstumsprognose, die ein Wachstum um 350'000 Personen bis im Jahr 2040 errechnet hat, muss die Stadt Winterthur dreimal im Kanton Zürich untergebracht werden. Es muss – ich wiederhole das – die Stadt Winterthur dreimal im Kanton Zürich untergebracht werden! Ich frage Sie hier drin: Wollen wir das wirklich? Wollen wir so ein Wachstum, dreimal nochmals die Stadt Winterthur? Ich hoffe nicht. Als logische Konsequenz ist der inhaltliche Schwerpunkt des Raumplanungsberichts die Siedlungsentwicklung, namentlich natürlich nach innen, ganz im Sinne des Raumordnungskonzeptes, das die Entwicklung in den urbanen Zentren und den Stadtlandschaften um 80 Prozent vorsieht. Die Verwaltung hat zum Thema «Verdichtetes Bauen» eine Studie verfasst, die im Wesentlichen die Fragen, Faktoren der Akzeptanz von verdichtetem Bauen erörtert: Wie wesentlich ist die Lärmreduktion? Wie wesentlich sind Wohnkosten? Ist die Akzeptanz der Verdichtung nur in Neubauquartieren oder auch in bestehenden Quartieren möglich? Wie viel Grünfläche braucht es in verdichteten Quartieren? Wie sind die verschiedenen Infrastrukturen weiterzuentwickeln? Und so weiter.

Verdichtetes Bauen ist kein Allerheilmittel, um unbegrenztes Bevölkerungswachstum zu ermöglichen. Wenn Sie dieses Problem realisieren und erkennen, haben Sie in dreieinhalb Wochen (*in der eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. September*) die Möglichkeit, der Begrenzungsinitiative zuzustimmen und damit nicht nur die Ressource «Boden», sondern auch die Ressourcen «Energie», «Infrastruktur» und so weiter zu schonen und etwas Konkretes für den Umweltschutz zu tun. Aus Sicht der SVP/EDU-Fraktion darf – und das ist ein weiterer negativer Aspekt des momentanen Bevölkerungswachstums – dem Gewerbe und der Industrie durch Umzonen nicht noch mehr Fläche entzogen werden. Statt noch mehr Zuwanderung mit all ihren gesellschaftlichen und sozialen Problemen will die SVP/EDU-Fraktion einen Kanton Zürich, der Qualität statt Quantität anstre-

ben will, einen Kanton, in dem auch zukünftig Gewerbebetriebe und Industriebetriebe eine Daseinsberechtigung und auch Fläche zur Verfügung haben, und nicht, wie in den linken Städten momentan gelebt, zugunsten der Bevölkerung verdrängt werden.

Die SVP/EDU-Fraktion nimmt den Raumplanungsbericht zur Kenntnis. Danke.

Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal): Starkregen und Hitzeperioden, Verknappung des Bodens trotz «New Work», klimatischer und gesellschaftlicher Wandel sind rasant und bedingen mehr Nachhaltigkeit in der Raumplanung. Seit dem Raumplanungsbericht 2017 – 2017! – zeigen sich Auswirkungen auf unser Raumordnungskonzept akzentuiert. Über Probleme, die sich in diesem Zusammenhang stellen, über Herausforderungen und Lösungen kann nicht mit hintennach hinkender Berichterstattung nachgedacht werden. Trotzdem ist der Bericht eine wertvolle Standortbestimmung zum Auftrag der Innenentwicklung gemäss Raumplanungsgesetz, wir danken für die Arbeit.

Zurück zum rasanten Wandel und der Forderung nach mehr Nachhaltigkeit. Die Schaffung von Planungsrecht für Wohnen, Arbeiten und Freizeitaktivitäten, die Abstimmung von Infrastrukturen und die Sicherstellung der kulturellen und landschaftlichen Werte, dies sind gemäss Raumplanungsbericht die Aufgaben der Raumplanung. Damit lassen sich soziale, wirtschaftliche und ökologische Interessen zu einer nachhaltigen Raumentwicklung verbinden. Was heisst das in Anbetracht des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und klimatischen Wandels? Die zunehmende Automatisierung und Digitalisierung schafft neue Arbeitsmodelle. Der Alltag der Zürcherinnen und Zürcher verändert sich, wird raumunabhängiger. Nachhaltige Raumentwicklung heisst für die SP, die Qualität in Naturräumen und Siedlungen zu erhalten, heisst, dunkle Landschaften zu erhalten, Ruhezone zu schaffen, heisst, Städte und Dörfer mit hochwertiger Baukultur zu gestalten, heisst, attraktive Lebensräume zu erhalten und zu fördern.

Der inhaltliche Schwerpunkt des vorliegenden Raumplanungsberichtes ist die Siedlungsentwicklung nach innen. Im Bericht werden Aufgaben und Herausforderungen aufgeführt. Aktuell stellt sich nun die Aufgabe, Verdichtung mit der Anpassung an den Klimawandel in Übereinstimmung zu bringen. Ansteigende Temperaturen durch den weltweiten Klimawandel führen zur Intensivierung von Wetterereignissen, die auch im Kanton spürbar sind, Hochwasser und Trockenheit, die Massnahmen des Wasserrückhalts nötig machen, unangenehme bis schädliche Lebensbedingungen in stark versiegelten Gebieten, die Massnahmen zur Hitzeminderung erfordern. In der Raumplanung muss proaktiv auf Gefahren reagiert werden. Ausserdem braucht es eine ressourcenschonende Mobilität, um den Klimawandel aktiv zu bekämpfen. Dies bedingt ein Raumordnungskonzept, das vermehrt ökologische Aspekte thematisiert. Für die haushälterische Bodennutzung wurden mit der Revision des Raumplanungsgesetzes Akzente gesetzt. Im Vollzug musste ein Umgang damit gefunden werden, um der fortschreitenden Zersiedelung Einhalt zu gebieten. Die Abstimmung raumwirksamer Entscheide muss gemäss Bericht noch konsequenter werden. Auf Gemeindeebene sei das Entwicklungspotenzial in einer Gesamtschau zu evaluieren. Sowohl innerhalb

wie auch ausserhalb der Bauzonen wächst das Gebäudevolumen. Damit wird weiter Boden knapp. Seit 2000 hat die Wohnflächenbeanspruchung zugenommen. Sie steigt – wir haben es gehört – mit zunehmendem Alter. Der höhere Wohnflächenkonsum älterer Menschen hängt damit zusammen, dass ein Wechsel in eine kleinere Wohnung meist nicht stattfindet, weil Angebote und Anreize fehlen. Wohnmobilität muss gefördert werden durch die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum. Die Förderung von gemeinnützigem und genossenschaftlichem Wohnungsbau hilft, den Wohnflächenverbrauch zu mindern.

Die SP fordert, dass die steigende Wohnflächenbeanspruchung und die raumplanerischen Herausforderungen durch den Klimawandel in den Fokus der Zürcher Raumplanung gestellt werden. Die Förderung klimaangepasster Raumentwicklung muss in Planungsinstrumenten, Rechtsgrundlagen und Richtplan angepasst werden. Mit diesem Verbesserungsanspruch nimmt die SP den Raumplanungsbericht zur Kenntnis. Danke.

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich): Die Lektüre des Raumplanungsberichts hat Ihnen unser Kommissionspräsident, wie schon erwähnt, schmackhaft gemacht. Ich kann sie Ihnen wirklich allen empfehlen: Der Bericht ist spannend und gibt einen breiten Einblick in die Raumplanung. Die Schwerpunkte sind aus unserer Sicht richtig gesetzt. Die Priorisierung ist delikater, insbesondere besteht die Kunst darin, dass sich die Erreichung der Ziele nicht gegenseitig behindert. Bekannt ist das Nimby-Prinzip, «Not in my backyard». Wir wollen alle Erholungsräume. Gleichzeitig müssen wir aber das Bevölkerungswachstum aufnehmen und die Infrastruktur erhalten und ausbauen. Für mich ergibt sich aus der Forderung nach Dichte und Schaffung von mehr Freifläche und Grünräumen ein Widerspruch. Und auch der Klimawandel muss in der Raum- und Stadtplanung berücksichtigt werden. Freiräume mit Grünflächen, Schattenplätze sind immer mehr nötig, dies kann jedoch nicht mit Zwang erreicht werden. Es dürfen nicht immer mehr Vorschriften das Bauen und Planen erschweren.

Mit der parlamentarischen Gruppe waren wir kürzlich im Hunziker-Areal. Dort wurden uns Verdichtung und Schaffung von Freifläche, gelungen umgesetzt, dargestellt. Aber auch dort wurden uns die Widersprüche der verschiedenen Ansprüche dargelegt. So mussten Innenräume betonierte werden, da die Geschäftsräumlichkeiten im Erdgeschoss mit Lastwagen beliefert werden können müssen. So wollen es angeblich die Vorschriften, das heisst, die Innenräume waren auch dort nicht grün, sondern eben betonierte. Wir müssen neue politische Lösungen finden. Unsere PI «Grünflächenbonus» (KR-Nr. 358/2018) ist ein Weg, der beide Forderungen erfüllt. Eine weitere Problematik sehe ich auch darin, dass sich die Politik und ihre Forderung schneller entwickeln als die Raumplanung beziehungsweise die Stellung des Raumplanungsberichts. Neue Punkte, wie Lichtimmission in der Nacht und Frischluftzufuhr, Frischluftzirkulation, sind im Bericht noch gar nicht enthalten, aber sie dominieren bereits wieder politische Forderungen.

Ein weiterer Aspekt ist für die FDP auch die Tatsache, dass die Raumplanung nicht an den Kantonsgrenzen haltmacht. Im Metropolitanraum Zürich wurde von

acht Kantone das sogenannte Metro-ROK (*Raumordnungskonzept Metropolitanraum Zürich*) entwickelt. Siedlungsdruck und Verkehrsbelastung machen nicht an Gemeindegrenzen halt, deshalb wachsen die Gemeinden, beispielsweise in der Flughafenregion, zu einem Siedlungsraum zusammen.

Zusammenfassend aber: Die FDP kann diesen Raumplanungsbericht genehmigen. Besten Dank.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Ich kann mich kurzfassen: Wir nehmen einen Raumplanungsbericht zur Kenntnis, der aus dem Jahr 2017 stammt und sich eigentlich auf Erkenntnisse von noch früher stützt. Es ist also sehr weit in der Vergangenheit, während wir uns in der Raumplanung um die Zukunft kümmern müssen. Ich möchte deshalb nur zwei Punkte herausstreichen:

Das eine ist die Zunahme des Wohnflächenbedarfs, und hier brauchen wir definitiv Lösungen, wie wir diesen Trend umkehren wollen. Denn diese Zunahme des Wohnflächenbedarfs ist der wahre Treiber der Zersiedlung und viel, viel wichtiger als die Zuwanderung.

Und das Zweite, was einfach noch verstärkt werden muss, ist der Aspekt des Erholungsraums. Der Erholungsraum wird im Kanton Zürich immer wichtiger, Corona hat es gezeigt. Aber es ist nicht Corona, die diese Bedeutung herausstreicht, sondern es ist die Demografie: Je mehr Leute wir haben, die nicht mehr im Arbeitsprozess sind, die aber noch fit sind und rausgehen, desto mehr Leute werden den Erholungsraum beanspruchen. Und wir haben bereits heute einen Druck auf die Schutzgebiete, der riesig ist. Wir brauchen also nicht nur attraktive Schutzgebiete für die Erholung, sondern wir brauchen eben auch eine attraktive Normallandschaft. Und damit kommen wir zum Bauen ausserhalb der Bauzone: Hier müssen wir einfach auch den Flächenverbrauch massiv reduzieren. So, wie es aktuell läuft, darf es nicht weitergehen. Das heisst, die Baudirektion muss hier definitiv viel restriktiver werden, wenn es darum geht, Nutzungen ausserhalb der Bauzone zu genehmigen. Hier sollte sich aber auch der Kantonsrat an der eigenen Nase nehmen, denn der Kantonsrat hat ja auch beschlossen, dass gewisse Nutzungen nicht mehr in die Bauzone hineinmüssen, sondern ausserhalb der Bauzone sind, beispielsweise bei den Kompostieranlagen. Was wir aber auch brauchen, ist eben keine weitere Umnutzung von bestehenden Bauten ausserhalb der Bauzone, eine restriktive Handhabung bei der inneren Aufstockung, damit wir diese Erholungsräume für die Bevölkerung schützen können.

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen): Die Grünen nehmen den Raumplanungsbericht zwar zustimmend zur Kenntnis, haben aber noch einige Bemerkungen:

Unschön ist die Tatsache, dass wir den Raumplanungsbericht 2017 erst im Jahr 2020 zur Kenntnis nehmen können, zwei Jahre, nachdem er von der Regierung vorgelegt wurde. Wir stimmen der Zielsetzung, dass das Bevölkerungswachstum zu 80 Prozent in den Stadtlandschaften stattfinden soll, zwar zu, diese Zielerreichung hat aber einen bitteren Beigeschmack: Es ist nur ein relatives Ziel. Sorgen bereiten insbesondere die restlichen 20 Prozent. Die Stadt Zürich hat in den letzten zehn Jahren seine Einwohnerzahl um 50'000 gesteigert, Winterthur um 13'000.

Dank dieser grossen Wachstumsdynamik kann auch in den ländlichen Gebieten munter weiter zersiedelt und diese Zielsetzung von 80/20 erreicht werden. In vielen ländlichen Gemeinden, und insbesondere in den peripheren ländlichen Gemeinden, gibt es noch übergrosse Baulandreserven. Je grösser das Wachstum in den Städten, desto grösser kann auch an ungeeigneten Standorten der Wohnbau vorangetrieben werden. Hier wären zusätzliche Zielsetzungen und Massnahmen für den ländlichen Raum nötig. Die Bauwilligen in schlecht erschlossenen Lagen müssten sich verstärkt an der Erschliessung, insbesondere der ÖV-Erschliessung, beteiligen. Die innere Verdichtung ist ein Ziel, das auch in den ländlichen Gemeinden umgesetzt werden soll und muss, und zwar bevor am Rande Einfamilienhausteppiche gebaut werden.

Auch in ländlichen Gemeinden müssen verstärkt Anstrengungen unternommen werden, damit Ortszentren aufgewertet und Kerne neugestaltet werden. Diese Kerne sind meist von einer Kantonsstrasse durchschnitten. Darum steht auch der Kanton in der Pflicht, hier nicht nur Hand zu bieten, sondern auch proaktiv den Strassenraum aufzuwerten und den motorisierten Verkehr verträglich – sprich langsamer – abzuwickeln. Also die Verbindung von Siedlung und Verkehr kommt mir in diesem Raumplanungsbericht noch etwas zu schwach daher.

Noch ein Wort zu den Grün- und Erholungsräumen: Diese sind nicht nur ausserhalb der Siedlungen, sondern als integraler Bestandteil der inneren Verdichtung auch innerhalb der Siedlungen anzubieten. Das ist nicht nur ein Thema für die Städte, sondern auch für die kleinen und mittleren Gemeinden. Darüber hinaus sind an den Ortsrändern Spazierwege für die Nah- oder Nächsterholung mit ökologischen Zielsetzungen zu realisieren. Besten Dank.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Die Raumplanung hat die Aufgabe, die Nutzungen des Raums zu koordinieren und aufeinander abzustimmen. Als wichtigste Ziele verpflichtet das Raumplanungsgesetz Bund, Kantone und Gemeinden, mit der beschränkten Ressource «Boden» haushälterisch umzugehen und Baugebiete und Nicht-Baugebiete klar voneinander zu trennen. Mit den Instrumenten der Raumplanung soll dafür gesorgt werden, dass die Siedlungsentwicklung nach innen gelenkt wird, also verdichtet wird, und dass kompakte Siedlungen geschaffen werden. Siedlungen, Bauten und Anlagen sollen sich in die bestehende Landschaft einordnen. See- und Flussufer sollen freigehalten und der öffentliche Zugang dazu erleichtert werden. Naturnahe Landschaften und Erholungsräume sollen erhalten bleiben und die Wälder sollen ihre Funktionen erfüllen können.

Ein besonderes Gewicht kommt in der Raumplanung der Bevölkerung zu. Siedlungen sind nach den Bedürfnissen der Bevölkerung zu gestalten. Siedlungen sollen lebenswert gestaltet werden, denn schliesslich wohnen Menschen ein Leben lang in besiedelten Gebieten. Siedlungen sollen darum sorgfältig geplant und gut gestaltet werden.

Einen wichtigen Pflock für eine gute Raumplanung hat der Kanton Zürich 2014 mit dem Richtplan eingeschlagen. Der Richtplan legt fest, dass intakte Landschaften erhalten werden sollen und die Siedlungsentwicklung künftig nach innen voranzutreiben ist. Vier Fünftel des prognostizierten Bevölkerungswachstums im

Kanton Zürich hat in den bereits dicht besiedelten urbanen Räumen zu erfolgen. Das ist sinnvoll, nur stellt sich die Frage: Wie kann in diesen bereits dicht besiedelten urbanen Gebieten qualitativ verdichtet werden, ohne dass die Bevölkerung an Abgasen und Feinstaub noch mehr erstickt, noch weniger frische und kühle Luft zum Atmen hat und von Dauerlärm noch mehr belästigt wird?

Mit dem Raumplanungsbericht 2017 zeigt der Kanton Zürich in groben Zügen auf, in welche Richtung die Reise der Verdichtung gehen soll. Er schafft Transparenz, wo und in welchen Bereichen der Kanton Zürich den Hebel ansetzen will. Der Raumplanungsbericht kommt zwar wie eine schöne Sonntagspredigt daher, doch lässt sich zwischen Zeilen gut ablesen, was der Kanton Zürich demnächst konkret anpacken will und was er unter «verdichtet» versteht. Einer dieser Hebel ist die Aufweichung des Schattenwurfs für Hochhäuser. Ist bis anhin die Dauer des Schattenwurfs auf zwei Stunden beschränkt, soll sie künftig auf drei Stunden erweitert werden. Diese Priorisierung ist völlig unverständlich. Hat die Stadt Zürich beispielsweise um die Jahrhundertwende alles darangesetzt, dass Dachzinnen gebaut werden können, sodass die Bevölkerung genügend Sonne tanken kann, fährt der Kanton nun eine Offensive, um die Bevölkerung zu beschatten. Ich habe jahrelang in der Siedlung hinter dem Migros-Hochhaus beim Limmatplatz in der Stadt Zürich gewohnt. Die Morgensonne ist nie bis zu meiner damaligen Wohnung vorgedrungen, da das Migros-Hochhaus sprichwörtlich vor der Sonne stand. Qualitätsvoll verdichten heisst, nicht noch mehr Hochhäuser zu bauen und zu diesem Zweck den Schattenwurf aufzuweichen. Verdichtung ist zwar erwünscht und sinnvoll, diese muss aber städtebaulich wertvoll und mit Sorgfalt umgesetzt werden. Wir dürfen nicht zu jedem Preis verdichten. Städtebaulich wertvoll verdichten heisst: Die Gebäude dürfen durchaus ein, zwei Stockwerke höher werden als bis anhin.

Städtebaulich wertvoll verdichten heisst aber auch attraktive Aussenräume gestalten, Begegnungsorte schaffen, Grünräume mit grossen Bäumen einplanen, stringente Mobilitätskonzepte entwickeln und ästhetisch ansprechende und überzeugende Überbauungen planen. Revidieren wir das aktuelle Planungs- und Baugesetz nicht, werden wir von einer schrankenlosen Verdichtung überrollt. Das kantonale Planungs- und Baugesetz muss beispielsweise dahingehend angepasst werden, dass Unterbauungen der Grundstücke flächenmässig eingeschränkt werden, sodass nicht unter jedem verdichteten Gebäude Tiefgaragen und Kellersysteme gebaut werden, die verhindern, dass es auf den Grundstücken noch Platz für Bäume mit tiefen Wurzeln hat. Städte brauchen mehr echte Grünräume mit grosskronigen Bäumen statt noch mehr versiegelte Flächen, die sich in den heissen Sommern enorm aufheizen. Wir haben vor einigen Wochen die Motion von Andrew Katumba und Silvia Rigoni (*KR-Nr. 129/2019*) an den Regierungsrat überwiesen, sie muss jetzt nur noch umgesetzt werden.

Verdichten heisst auch, den Verkehrslärm in den urbanen Gebieten einzudämmen, die Lärmschutzvorgaben des Bundes ernst zu nehmen. Passiert in dieser Hinsicht nichts, wird es immer schwieriger, an lärmigen Strassen Wohnbauten zu erstellen. Erste Schwierigkeiten mit dem Bauen an lärmigen Strassen zeigen sich bereits in der Stadt Zürich. Es genügt nicht, die Gebäude so zu bauen, dass sie

Lärm abschirmen, sondern zuallererst muss der Lärm an der Quelle reduziert werden, das heisst weniger motorisierter Individualverkehr (*MIV*), mehr Velo- und Fussverkehr.

Verdichten heisst auch, dafür zu sorgen, dass die Kaltluftströme aus den Wäldern in der Nacht die dicht besiedelten Gebiete in heissen Sommern kühlen können. eine wichtige Rolle spielen auch wiederbelebte Flüsse, die für Kühlung und Erholung sorgen.

Verdichtung ist keine technokratische Angelegenheit. Nicht nur Politiker, Experten und Planer sollen bestimmen, wie und wo verdichtet wird. Wie der Regierungsrat in seinem Bericht an mehreren Stellen ausführt, ist der Einbezug der betroffenen Bevölkerung essenziell. Gute und qualitätsvolle Verdichtung ist nur mit dem Einbezug der Bevölkerung zu haben. Mit dem Festsetzen von Gestaltungsplänen ist es nicht getan, das zeigen die Beispiele «Hochschulgebiet in der Stadt Zürich» und der eben gescheiterte «Innovationspark» (*in Dübendorf*). Es kann und darf aber auch nicht sein, dass einzig die Interessen der privaten Grundeigentümer Vorrang haben. Entscheidend ist, ein Wir-Gefühl, ein Gemeinschaftsgefühl zu schaffen für die Orte, wo wir wohnen und leben. Es ist wichtig, breite Bevölkerungsschichten anzuhören und in die Prozesse miteinzubeziehen. Es ist wichtig, der demokratischen Mitbestimmung jenen Raum zu geben, der zum Gelingen beiträgt. Da ist ein guter Boden für eine qualitätsvolle Verdichtung.

Mit diesen kritischen Anmerkungen nimmt die Alternative Liste Kenntnis vom Raumplanungsbericht 2017.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Ich möchte dem Regierungsrat für den Raumplanungsbericht 2017 danken. Dass wir erst jetzt über diesen Bericht bei uns im Rat sprechen, zeigt einmal mehr auf, dass hier etwas nicht stimmt. Aktuell stehen 185 Traktanden auf unserer Einladung. Im aktuellen durchschnittlichen Tempo bräuchten wir circa 23 Sitzungen, um alle Geschäfte abzuarbeiten, wenn keine neuen dazukämen. Auch mit der aktuell erhöhten Sitzungszahl bräuchten wir dafür vier Monate. Als Wink an die Geschäftsleitung des Kantonsrats: Hier muss endlich mal etwas passieren.

Zum Raumplanungsbericht: Die Teilrevisionen des Richtplans sind ein gutes Beispiel, wie man einen Prozess effizienter gestalten kann. Seit die Teilrevisionen des Richtplans jährlich bearbeitet werden, kann die Richtplanung zeitgerechter vollzogen werden und so kann wieder schneller auf die Bedürfnisse reagiert werden. Auch hat der Umfang der Teilrevisionen abgenommen, eine deutliche Verbesserung.

Der Regierungsrat erwartet ein Bevölkerungswachstum bis 2040 von aktuell 1,48 Millionen auf 1,84 Millionen. Die Siedlungsentwicklung soll verstärkt nach innen erfolgen. Demzufolge wird auch der Druck auf die verbleibenden Erholungs- und Grünräume zunehmen.

Andererseits müssen wir davon ausgehen, dass die Temperaturen aufgrund der Klimaveränderung stark zunehmen werden, was in Städten, die sich leicht aufheizen, starke Folgen haben wird. Deshalb ist bei der Verdichtung ein besonderes

Augenmerk auf die Gestaltung und Qualität der Aussenräume zu legen. Abschreckende Beispiele, wie die Europaallee, sollen sich nicht wiederholen. Grosse Bäume sollen bei Bauprojekten möglichst erhalten bleiben, da ein neu gepflanzter Baum Jahre braucht, um die Funktionen des alten, wie unter anderem Beschattung, Kühlung und Luftfilterung, zu übernehmen. Deutlich mehr Bäume müssen gepflanzt werden. Durchlüftungsbahnen müssen gesichert werden. Wasserflächen sollen geschaffen werden, um den Auswirkungen der Klimaerwärmung entgegenzuwirken. Im aktuellen Raumplanungsbericht spielt die Klimaerwärmung keine Rolle. Wir bitten den Regierungsrat, dieses Thema im kommenden Bericht aufzunehmen und bei der Richtplanerstellung verstärkt darauf zu achten.

Die Grünräume sollen auch für die Artenvielfalt einen Beitrag leisten. Heute sind urbane Räume im Vergleich zum Landwirtschaftsland verhältnismässig artenreich. Durch die Verdichtung dürfen wir diesen Reichtum nicht vernichten, sondern müssen diesen erhalten und fördern. Vielerorts sind qualitative Aufwertungen einfach zu vollziehen und reduzieren die Kosten beim Unterhalt. Ungenutzte versiegelte Flächen sind konsequent zurückzubauen.

Ausserhalb der Bauzonen ist die Bauaktivität wohl so gross wie noch nie. Fast 1'900 Baugesuche lagen dem ARE (*Amt für Raumentwicklung*) zur Bearbeitung nach dem Geschäftsbericht 2019 vor. Das Bauen ausserhalb der Bauzonen muss stärker eingegrenzt werden. Deshalb begrüssen wir, dass Vorhaben in diesen sensiblen Zonen nicht nur einzelfallweise und über Ausnahmen, sondern auch aufgrund einer gesamträumlichen Betrachtung beurteilt werden sollen. Besten Dank.

Florian Meier (Grüne, Winterthur): Es sei von Vorteil, wenn ein Teil der täglichen Wege zu Fuss oder mit dem Velo zurückgelegt werden können. Diese Erkenntnis der Regierung ist lobenswert. Dass das Leben dort stattfinden soll, wo sich die Bevölkerung tagsüber und am Abend aufhält, ist eine logische Folgerung. Attraktive Quartiere allein bringen aber noch lange keine Verlagerung des Verkehrs, geschweige denn die damit gewünschte Entlastung der Verkehrsnetze. Der Raumplanungsbericht 2017 legt den Mangel an Entschiedenheit in der Verkehrsplanung offen. Die genannten Massnahmen, wie Optimierung der Verkehrssteuerung und die Abstimmung des MIV und des strassengebundenen ÖV lassen den Schluss zu, dass die Verkehrsplaner den unmotorisierten Verkehr ausser Acht lassen. Und die Behauptung, der Infrastrukturausbau sei nur noch in Ausnahmefällen möglich, verkennt das Problem. Das Velonetz an beiden Seeufern, im Glatttal und im Limmattal besteht zu einem grossen Teil aus Schwachstellen und Netzlücken. Dass das Velo so unattraktiv bleibt, sollte auch der Regierung klar sein. Velowege für Sonntagsausflügler sind zwar schön und nett, aber wenn das Verkehrsnetz entlastet werden soll, so muss das Velo auch in den urbanen Wohnlandschaften attraktiver werden. Die Klimaziele sind ohne eine Steigerung des ÖV-Anteils nicht zu erreichen. Die tief hängenden Früchte werden mit dem Ausbausritt 2035 geerntet. Es braucht aber noch deutlich mehr Effort. Der ÖV im Kanton Zürich ist weitgehend auf die beiden Stadtzentren Zürich und Winterthur ausgerichtet. Auch hier braucht es ein Umdenken. Der ÖV muss weiterentwickelt werden, und er

muss so weiterentwickelt werden, dass er auch innerhalb und zwischen den Gemeinden an Attraktivität gewinnt. Es braucht in der Verkehrsplanung einen Paradigmenwechsel. Ich danke Ihnen.

Regierungsrat Martin Neukom: Alle vier Jahre berichtet der Regierungsrat, jetzt haben Sie diesen Raumplanungsbericht 2017 vor sich und vermutlich taucht da die Frage auf, warum wir diesen Raumplanungsbericht erst im Jahr 2020 diskutieren. Es gibt einen einfachen Grund: Das Amt für Raumentwicklung in der Baudirektion musste andere Geschäfte priorisieren, weil die Ressourcen knapp waren und immer noch sind. Und somit wurden die Richtplan-Teilrevisionen und das Mehrwertausgleichsgesetz priorisiert und dieser Raumplanungsbericht musste darunter leiden, deshalb erst jetzt.

Was neu ist in diesem Raumplanungsbericht: Wir haben neu eine Übersicht eingefügt, und zwar ganz hinten. Dort sieht man eine Übersicht über zahlreiche Projekte, das heisst über alle Projekte im Bereich Gesetzesänderungen und Verordnungsänderungen, alle kantonalen Richtpläne, alle kantonalen Gestaltungspläne, die regionalen Richtpläne, die Gebietsplanungen und die Schutzverordnungen, um einfach ein bisschen eine Übersicht zu geben, was alles läuft. Und Sie sehen, es ist relativ viel, da laufen relativ viele Projekte parallel. Nun, die Grundlage des Raumplanungsberichts und des neuen Paradigmas in der Raumplanung hat eigentlich das RPG (*Raumplanungsgesetz*) gelegt, das «RPG 1» im Jahr 2014, weil die Revision von den Kantonen verlangt, dass wir stärker Anstrengungen zur Entwicklung nach innen, zur inneren Entwicklung unternehmen. Der Bericht ist sehr umfangreich, ich möchte deshalb nur einzelne Punkte herausgreifen:

Zuerst zu Hans Egli: Es wird in der Raumplanung immer wieder gesagt, dass grundsätzlich die Zuwanderung an der massiven Ausbreitung des Siedlungsraums und an der Zersiedlung schuld sei. Das ist nicht ganz falsch, aber es ist eben vor allem auch nicht ganz richtig. Denn wenn wir uns die Zahlen anschauen, dann merken wir, dass es deutlich stärkere Treiber gibt dafür. Also: Zwischen 1970 und 2010, also in einer Spanne von 40 Jahren, wuchs die Bevölkerung um 25 Prozent. Im gleichen Zeitraum wuchs die Anzahl der Haushalte um 70 Prozent. Sie sehen also, der wesentliche Treiber ist nicht, dass wir mehr Leute haben, sondern dass wir heute anders leben als vor 50 Jahren. Vor 50 Jahren hatten wir viel weniger Haushalte, weil es mehr Grossfamilien und viel weniger Singles gab. Das ist der Haupttreiber, diese demografische Veränderung. Das müssen wir einfach so hinnehmen, wir können dafür auch niemandem die Schuld geben. Das mag politisch vielleicht ein bisschen unangenehm sein, weil es manchmal ganz angenehm ist, wenn klar ist, wer schuld ist. Aber das ist einfach eine Tatsache, die müssen wir so hinnehmen. Die demografische Veränderung und die Art und Weise, wie wir heute leben, ist anders als vor 50 Jahren, und das ist einer der wesentlichen Treiber.

Bitte behalten Sie auch im Kopf, dass der Dichteunterschied enorm ist. Wenn wir also ein loses Einfamilienhausquartier mit einer Altstadt beispielsweise in Winterthur oder in Zürich vergleichen, dann ist der Faktor, wie viele Leute dort pro Quadratkilometer leben, ungefähr einen Faktor 10 höher. Die Dichteunterschiede

sind also ganz relevant. Wenn wir verhindern wollen, dass weiter zersiedelt wird, dann müssen wir nicht die Begrenzungsinitiative der SVP annehmen, sondern wir müssen lernen, verdichtet zu bauen. Ein weiterer Punkt sind die Erholungsräume. Denn mit dem verdichteten Bauen – und heute hatten wir es mit dem Zeughaus auch bereits schon von Erholungsräumen (*im Zusammenhang mit der Beratung der Vorlage 5592*) – werden die Erholungsräume deutlich wichtiger, und diese zu erhalten ist ein ganz wichtiges Ziel der Raumplanung.

Dann zum Denkmalschutz: Denkmalschutz wird sehr, sehr kontrovers diskutiert und es gibt auch zahlreiche Vorstösse aus dem Parlament, weil es häufig so dargestellt wird, dass der Denkmalschutz die innere Verdichtung verhindere. Ich sehe das nicht ganz so. Ich glaube, der Denkmalschutz ist zu einem gewissen Grad sogar eine Bedingung für die innere Verdichtung. Denn Verdichtung bedeutet immer: Es werden alte Gebäude abgerissen und neue erstellt, das ist zwingend so und das wird starke Veränderungen geben. Das verändert das Bild, wie unsere Dörfer aussehen. Das verändert das Bild, wie unsere Städte aussehen. Ich glaube, wenn wir uns nicht bemühen, einige der Gebäude, die besonders schützenswert sind, zu erhalten, dann verlieren wir den öffentlichen Support für die Verdichtung. Ich glaube, dann wird es irgendwann eine Blockade geben und die Bevölkerung sagt «So machen wir nicht weiter». Ich glaube, für die Identität – wer sind wir, wo fühlen wir uns wohl? – spielt auch die bauliche Umgebung eine Rolle. Und es sind auch einzelne Bauten, die ausmachen, was Zürich ist, was Eglisau ist. Es sind immer einzelne Bauten, die das auch ausmachen, und es ist wichtig, einen Teil davon zu erhalten; natürlich nicht alle, aber Sie wissen: Im kantonalen Denkmalschutzinventar sind rund 1,5 Prozent der Gebäude. Ich denke, das ist verhältnismässig.

Noch ein Wort zum Bauen ausserhalb der Bauzone: Es wurde mehrfach erwähnt, dass man hier strenger werden müsse. Ich teile diese Haltung. Denn was wir aktuell in der Raumplanung versuchen, ist, der Zersiedlung Einhalt zu gebieten, indem wir die Bauzonen einschränken. Wir können dann aber nicht zulassen, dass einfach umso mehr ausserhalb der Bauzone gebaut wird. Das würde diesen Bemühungen zuwiderlaufen. Deshalb müssen wir schauen, dass wir ausserhalb der Bauzonen wirklich nur das bewilligen, was auch wirklich nötig ist.

Zum Schluss noch ein Wort zum Thema «Verkehr»: Es wurde auch erwähnt, Verkehr und Siedlung gehören zusammen. Und aktuell wird der siedlungsverträgliche Verkehr ein immer wichtigeres Thema werden. Der Verkehr ist eine enorme Belastung für die Bevölkerung, nicht nur in den Städten, sondern teilweise auch in den Dörfern. Interessanterweise wird das im Rat meistens dann diskutiert, wenn es darum geht, neue Strassen zu bauen, Umfahrungsstrassen. Aber dies nur eine Bemerkung am Rande. Bei der Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Verkehr und dem Tiefbauamt wird bezüglich der Dorfdurchfahrten von den Gemeinden bemängelt, dass wir, wenn wir kantonale Strassen bauen, dies zu wenig siedlungsverträglich machen. Sie haben es letzte Woche vielleicht mitgekriegt, dass es da eine Veränderung gibt in der Art und Weise, wie das Tiefbauamt und das Amt für Verkehr zusammenarbeiten. Ich hoffe, dass wir mit dieser neuen Organisation den Anliegen der Gemeinden deutlich besser gerecht werden können, nämlich eine

Ortsdurchfahrt zu planen, die nicht nur auf den Strassenverkehr Rücksicht nimmt, sondern die gesamte Siedlung miteinbezieht. Wir sprechen in diesem Rahmen von einer «Fassade-zu-Fassade»-Planung. Das ist auch etwas, das wir hier weiter vortreiben werden. Und ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig, denn die Akzeptanz der Dichte hängt auch sehr stark mit Lärm und mit Verkehr zusammen. Wenn wir es schaffen, die negativen Auswirkungen des Verkehrs zu reduzieren, haben wir automatisch eine höhere Akzeptanz der Dichte.

Zum Schluss: Ich denke, was wir jetzt haben, dieses Wachstum, das ist eine grosse Herausforderung, das ist ganz klar. Aber ich möchte Ihnen nur eine Überlegung noch auf den Weg geben: Was wäre denn die Alternative? Die Alternative zu Wachsen wäre Schrumpfen. Und schauen Sie sich mal die Gebiete an, die schrumpfen. Es gibt Gebiete in Ostdeutschland, die schrumpfen, und es gibt Gebiete rund um Wien, die schrumpfen. Und ich kann Ihnen sagen: Das ist wirklich gar nicht lustig. Jeder, der kann, verlässt dieses Gebiet. Man hat keine Perspektive mehr, die Mieten fallen natürlich in den Keller. Das ist wirklich keine lustige Entwicklung, auch nicht für die Politik. Und wenn ich jetzt wählen kann, ob ich lieber irgendwo sein möchte, wo es attraktiv ist und es halt Herausforderungen bezüglich Wachstum gibt, oder ob ich irgendwo leben will, wo die Leute wegziehen, weil es nicht attraktiv ist, und die Bevölkerung schrumpft, dann nehme ich lieber die Herausforderung an, das Wachstum zu bewältigen. Das als Schlusswort.

Der Regierungsrat bittet Sie um Kenntnisnahme des Raumplanungsberichts 2017.

Ratspräsident Roman Schmid: Das Wort wird weiter nicht mehr gewünscht. Ich stelle somit fest, dass der Kantonsrat mit dieser Diskussion den Raumplanungsbericht 2017 zur Kenntnis genommen hat.

Das Geschäft ist erledigt.